

Angelina Keil

# Wirtschaftschronik

## III. Quartal 2009

Abgeschlossen am 30. September 2009. • E-Mail-Adresse: [Angelina.Keil@wifo.ac.at](mailto:Angelina.Keil@wifo.ac.at)

Die Aktionen des letzten Jahres zur Rettung von Banken zeigen erste Erfolge. In den USA weisen mehrere Bankhäuser im II. Quartal erhebliche Gewinne aus. In den Niederlanden zahlt die Fortis-Bank ein kurzfristiges Darlehen von 34 Mrd. € an den Staat zurück. Die internationalen Bemühungen zur weltweiten Regulierung der Finanzmärkte kommen langsam voran. Der Basler Ausschuss plant, noch heuer weltweite Mindeststandards für Liquidität und Eigenkapital von Banken festzulegen und sie möglichst bald schrittweise umzusetzen. Die Neustrukturierung der Autoindustrie in Europa und den USA wird vollzogen: Ein Konsortium aus Magna und Sberbank übernimmt Opel, GM gibt unproduktive Marken ab und wird in den USA neu positioniert.

**1. Juli:** Ein Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Kanada tritt in Kraft. Es beseitigt die Zölle auf Industriegüter und ausgewählte landwirtschaftliche Produkte.

Der britische Staat übernimmt die britische East-Coast-Bahnlinie des verschuldeten privaten Betreibers National Express East Coast.

**2. Juli:** Kalifornien kann seinen Zahlungsverpflichtungen nur mehr zu einem Viertel nachkommen. Die Gläubiger erhalten Zahlungsverprechen (I.O.U.), die frühestens ab 1. Oktober eingelöst werden können. Löhne der öffentlich Bediensteten, Pensionen und Sozialleistungen sind ausgenommen.

Die verstaatlichte niederländische Fortis-Bank zahlt ein kurzfristiges Darlehen von 34 Mrd. € an den Staat zurück. Insgesamt wurden der Bank 66,8 Mrd. € an Staatshilfe gewährt. Die Fortis-Bank und ABN Amro sollen ab 2011 fusioniert werden, um anschließend wieder privatisiert zu werden.

**3. Juli:** Der Deutsche Bundestag beschließt ein Gesetz zur Schaffung von "Bad Banks". Dies ermöglicht den Geschäftsbanken und Landesbanken, risikoreiche Papiere mit einem Abschlag von 10% ihres Buchwertes in "Zweckgesellschaften" zu lagern und ihre Bilanzen zu bereinigen. Die Banken erhalten im Gegenwert von der Gesellschaft gegen eine Gebühr eine Schuldverschreibung, die vom Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung garantiert ist. Die Bundesbank begibt gegen diese Schuldverschreibung neues Geld. So können zum Zweck der Konsolidierung auch nicht mehr benötigte Geschäftsbereiche ausgelagert werden.

In den USA schließt die Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) 7 kleinere vorwiegend in Privatbesitz befindliche Lokalbanken. Die FDIC versichert individuelle Konten bis zu 250.000 \$ und hat seit Jahresbeginn 52 Banken geschlossen. Daraus ergab sich seit Jahresbeginn ein Aufwand von 12,3 Mrd. \$.

**8.-9. Juli:** Am G-8-Gipfel in L'Aquila nehmen die Schwellenländer China, Indien, Brasilien, Südafrika und Mexiko teil. Die Länder bekennen sich zum "2-Grad-Ziel", das den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur gegenüber dem Niveau vor der Industrialisierung auf 2° Celsius begrenzen soll. Zur Erreichung dieses Ziels wird ei-

### Ausland

Freihandelsabkommen  
EFTA-Kanada

Großbritannien:  
Bahnprivatisierung

Kalifornien:  
Zahlungsschwierigkeiten

Niederlande: Fortis-Bank

Deutschland: "Bad Banks"

USA: Federal Deposit  
Insurance Corporation

G-8-Gipfel

ne weltweite Verringerung der Treibhausgasemissionen um 50% bis 2050 vorgeschlagen. Diese Zielvorgaben werden jedoch von den Schwellenländern abgelehnt. Die Teilnehmer sind sich einig, dass die Doha-Runde bis Ende 2010 abgeschlossen werden soll. Wettbewerbsbedingte Währungsabwertungen sind im Sinne eines gut funktionierenden und stabilen Währungssystems abzulehnen. Um den Hunger in der Dritten Welt zu bekämpfen, werden den Entwicklungsländern in den nächsten drei Jahren 20 Mrd. \$ für die Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Ob dies zusätzliche Mittel sein werden, bezweifeln die Non-Government-Organisationen.

USA: General Motors

**10. Juli:** Der Autokonzern General Motors wird nach dem Chapter-11-Verfahren neugegründet. Die positiven Vermögenswerte wie die Marken Chevrolet, Cadillac, Buick und GMC werden in die General Motors Company übernommen. Die USA beteiligen sich mit 50 Mrd. \$, Kanada und Ontario mit 9,5 Mrd. \$. Im Gegenzug halten die USA 60,8%, Kanada und Ontario 11,7% der Anteile. Weitere Anteile halten der Pensionskassenfonds der Autoarbeitergewerkschaft sowie Anleihegläubiger, die auf Forderungen verzichtet haben. Altaktionäre werden nicht berücksichtigt. 16 Fabriken mit den Marken Saturn, Saab, Hummer und Pontiac verbleiben in der Konkursmasse. Für die Dauer der Liquidation stellen die USA 1,18 Mrd. \$ zur Verfügung.

Gaspipeline "Nabucco"

**13. Juli:** In Ankara unterzeichnen die Transitländer Türkei, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Österreich einen Rahmenvertrag für die Gaspipeline "Nabucco". Er sichert den Anteilnehmern zu, die Hälfte der Kapazitäten für sich selbst verwenden zu können. Die Errichtung der Pipeline wird 7,6 Mrd. € kosten und soll 2011 begonnen werden.

Europäisches Parlament

**14. Juli:** Jerzy Buzek, früherer polnischer Ministerpräsident, wird Präsident des Europäischen Parlaments.

USA: Goldman Sachs Group

**15. Juli:** Die Bankengruppe Goldman Sachs Group weist im II. Quartal 2009 einen Reingewinn von 3,44 Mrd. \$ aus. Bisher meldete die Gruppe nur im IV. Quartal 2008 einen Verlust.

USA: JP Morgan & Co

**16. Juli:** JP Morgan & Co weisen für das II. Quartal einen Gewinn von 2,72 Mrd. \$ aus, der zum größten Teil im Bereich der Investmentbanken erwirtschaftet wurde.

USA: Citigroup

**17. Juli:** Die Citigroup hat im II. Quartal 2009 einen Reingewinn von 4,28 Mrd. \$ erwirtschaftet. Die Bank of America weist für diesen Zeitraum ebenfalls einen Gewinn von 3,2 Mrd. \$ aus.

USA: Morgan Stanley

**22. Juli:** Das Bankhaus Morgan Stanley veröffentlicht für das II. Quartal einen Verlust von 1,26 Mrd. \$. Wells Fargo erwirtschaftete in diesem Zeitraum einen Reingewinn von 3,17 Mrd. \$.

EU: Bankenhilfe

**23. Juli:** Die Europäische Kommission präsentiert Leitlinien für Banken, die Staatshilfe erhalten. Die Länder können kurzfristig Stabilisierungsmittel ("Rettungsbeihilfen") gewähren. Sollte diese Hilfe nicht binnen 6 Monaten von der Bank zurückgezahlt werden, muss der Kommission ein Umstrukturierungsplan vorgelegt werden. Andernfalls droht der Bank die Liquidation. Grundsätzlich muss die Bank bei Inanspruchnahme einer Restrukturierungshilfe langfristig rentabel sein, die Eigentümer müssen sich an den Kosten beteiligen, und die Verzerrung des Wettbewerbs sollte begrenzt bleiben.

USA: Gesundheitsreform

**27. Juli:** Der Präsident der USA, Obama, kündigt in einer Pressekonferenz eine großangelegte Gesundheitsreform an, die er noch in diesem Jahr verwirklichen möchte. Zur Zeit hat fast ein Sechstel der Bevölkerung keinen Versicherungsschutz. Die Reform soll allen Staatsbürgern den Zugang zu einer Krankenversicherung ermöglichen.

Deutschland: VW –Porsche

**14. August:** VW beschließt die schrittweise Übernahme von Porsche bis Ende 2011. Noch heuer wird VW 42% der Aktienanteile um 3,3 Mrd. € erwerben.

Island: Icesave

**28. August:** Das isländische Parlament stimmt einem Kreditübereinkommen zu, das die ausländischen Sparer nach dem Zusammenbruch der Internetbank Icesave entschädigt. Großbritannien und die Niederlande gewähren Island einen 15 Jahre laufenden Kredit im Umfang von 2,68 Mrd. € bzw. 1,2 Mrd. € zu einem Zinssatz von 5%.

USA: Federal Reserve Board

**30. August:** Das Mandat des Vorsitzenden des Federal Reserve Board der USA, Ben Bernanke, wird für eine weitere Amtsperiode von vier Jahren verlängert.

**1. September:** Das deutsche Wirtschaftsministerium beschließt Kredithilfen von 17,5 Mrd. € für kleine und mittlere Unternehmen, um einer drohenden "Kreditklemme" vorzubeugen. Die deutsche Förderbank KfW (früher Kreditanstalt für Wiederaufbau) erhält 10 Mrd. €, um sie als Darlehen an Privatbanken weiterzugeben. Diese sollen daraus kleinen und mittleren Unternehmen ohne umfangreiche Bonitätsprüfung Kredite gewähren. Das Ausfallrisiko trägt der Staat. Weitere 7,5 Mrd. € stehen Lieferanten als Zusatzdeckung bei Zahlungsausfall zur Verfügung; hier übernimmt der Staat das Ausfallrisiko bis zu 50%.

Deutschland: Kredithilfen

In der EU dürfen künftig keine matten und keine 100-Watt-Glühbirnen gekauft oder importiert werden. Das Verbot wird bis 2012 auf alle Arten von Glühbirnen ausgeweitet. Die Europäische Kommission erwartet EU-weit jährliche Einsparungen von 40 Mrd. kWh. Dies entspricht einer jährlichen Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 15 Mio. t oder 0,4%.

EU: Glühbirnen

**6. September:** Der Basler Ausschuss, ein bei der BIZ angesiedeltes Forum der Bankenaufsichtsbehörden von 27 Ländern<sup>1)</sup>, entwickelt weltweite Mindeststandards für Liquidität und Eigenkapital von Banken. Ergänzend zu den risikoabhängigen Kernkapitalquoten sollen in Zukunft auch absolute Verschuldungsgrenzen ("leverage ratio") gelten. Gemäß dem Prinzip der "antizyklischen Kapitalvorschrift" sollen Banken in Zeiten guter Konjunktur Kapital akkumulieren, das in Abschwungphasen abgebaut werden könnte. Bis Jahresende sollen die Vorschläge konkret werden, um sie danach schrittweise einzuführen.

Basler Ausschuss

**10. September:** Der Verwaltungsrat von General Motors beschließt, 55% seiner Beteiligung an Opel an das Konsortium Magna-Sberbank zu verkaufen.

General Motors – Opel

**11. September:** Der Präsident der USA, Obama, kündigt eine Einhebung von Strafzöllen auf Importe von chinesischen Autoreifen an, nachdem sich die Importe von 2004 bis 2008 verdreifacht haben. Die Vorgangsweise entspricht einem Sonderabkommen zwischen den USA und China anlässlich des Beitritts von China zur WTO. Der Tarif beträgt anfangs 35% und wird in den folgenden zwei Jahren auf 30% bzw. 25% gesenkt.

USA: Strafzölle

**14. September:** Anlässlich des Jahrestages des Konkurses von Lehman Brothers plädiert der Präsident der USA, Obama, für eine Neuordnung der Finanzmarktaufsicht. Die Finanzregulierungsreform im Kongress ist ins Stocken geraten.

USA: Finanzmarktaufsicht

**24.-25. September:** In Pittsburgh findet ein Treffen der Finanzminister und Notenbankdirektoren der Industrie- und Schwellenländer (G 20)<sup>2)</sup> statt. Für weltweite Wirtschaftsfragen wird dieses Gremium die G 8 ablösen. Grundlegendes Ziel ist ein kräftiges, nachhaltiges und ausgewogenes Wirtschaftswachstum zu etablieren und ein starkes internationales Wirtschaftssystem zu errichten. Protektionismus und Barrieren für Investitionen werden abgelehnt. Die Konferenzteilnehmer vereinbaren, die Unterstützung der Wirtschaft solange fortzusetzen, bis die Konjunkturerholung gesichert ist. Danach sollen diese Maßnahmen in koordinierter Form eingestellt werden. Für die Funktionsweise, Transparenz und Regulierung der Finanz- und Rohstoffmärkte sollen strengere Standards gelten und überwacht werden. Bonuszahlungen an das Bankenmanagement sollen sich an den langfristigen Erfolgen der Banken orientieren. Der Informationsaustausch zwischen den Ländern zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und krimineller Bereicherung wird ausgebaut<sup>3)</sup>. Es sollen "keine Mühen gescheut werden", damit ein weiteres Klimaschutzabkommen im Dezember in Kopenhagen zustande kommt.

G 20

**26. September:** Um das Haushaltsdefizit zu verringern, beschließt die spanische Regierung mit 1. Juli 2010 eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 16% auf 18%

Spanien: Steuererhöhung

<sup>1)</sup> Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, Kanada, China, Frankreich, Deutschland, Hong Kong SAR, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Korea, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Russland, Saudi Arabien, Singapur, Südafrika, Spanien, Schweden, Schweiz, Türkei, Großbritannien und die USA.

<sup>2)</sup> Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada, China, Frankreich, Deutschland, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei, Großbritannien, USA und die EU.

<sup>3)</sup> Progress Report on the Actions to Promote Financial Regulatory Reform Issued by the U.S. Chair of the Pittsburgh G 20 Summit, 25. September 2009 ([http://www.g20.org/Documents/pittsburgh\\_progress\\_report\\_250909.pdf](http://www.g20.org/Documents/pittsburgh_progress_report_250909.pdf)).

und des ermäßigten Satzes von 7% auf 8%. Ein jüngst in der Einkommensteuer eingeführter Freibetrag von 400 € wird zurückgenommen, und die Steuern auf Kapitalerträge werden angehoben.

## Österreich

Mit dem Amtshilfe-Durchführungsgesetz und der Unterzeichnung von zwölf Doppelbesteuerungsabkommen hat Österreich die Auflagen der OECD erfüllt und wird von der "grauen Liste" der Steueroasen gestrichen. Die Europäische Kommission stimmt der Übernahme der AUA durch die Lufthansa nach einem längeren Prüfungsverfahren zu.

### "Stresstests" für Banken

**6. Juli:** Die Oesterreichische Nationalbank veröffentlicht die Ergebnisse eines "Stresstests" österreichischer Banken. Unter der Annahme eines über 2009 und 2010 kumulierten BIP-Rückgangs um 7,3% in Österreich und um 9,8% in Osteuropa und der GUS würden demnach die Kreditausfallquoten in Österreich auf 10% und in Osteuropa auf 20% steigen. Dies würde bis Ende 2010 bei den Kreditinstituten Wertberichtigungen von 30 Mrd. € erfordern. Dennoch bliebe bei allen großen Banken eine Mindesteigenkapitalquote von 4% erhalten.

### AUA Übernahme durch Lufthansa

**28. August:** Die Europäische Kommission genehmigt die Übernahme der AUA durch die Lufthansa und akzeptiert den staatlichen Zuschuss von 500 Mio. € zur Abdeckung der Schulden. Für die Strecken von Wien nach Frankfurt, München, Stuttgart, Köln und Brüssel müssen zur Erhaltung des Wettbewerbs anderen Fluglinien Zeitnischen für Starts und Landungen eingeräumt werden.

### Bankgeheimnis

**1. September:** Der Nationalrat beschließt mit einer Zweidrittelmehrheit das Bundesgesetz über die Umsetzung der OECD-Grundsätze der internationalen abgabenrechtlichen Amtshilfe (Amtshilfe-Durchführungsgesetz – ADG, BGBl. I Nr. 102/2009)<sup>4</sup>). Es regelt den bilateralen Informationsaustausch, um den Kampf gegen Steuerhinterziehung zu erleichtern. Bankauskünfte auf Ersuchen einer ausländischen Behörde können nicht mehr unter Berufung auf das österreichische Bankgeheimnis abgelehnt werden.

### Ökostromgesetz

**18. September:** Der Nationalrat beschließt eine Änderung des Ökostromgesetzes. Die Förderungen werden um 4 Mio. € pro Jahr auf 21. Mio. € erhöht, die Förderdauer wird für rohstoffabhängige Technologien auf 15 Jahre, für alle anderen förderungswürdigen Technologien auf 13 Jahre ausgeweitet. Der Einspeisungstarif wird neu geregelt.

### OECD: Steuerparadiese

**23. September:** Die OECD streicht Österreich von der "grauen Liste" der Steuerparadiese.

### "Lombard-Club"

**25. September:** Die Klage von vier österreichischen Banken gegen die Bußgelder, welche die Europäische Kommission wegen Verstoßes gegen das EU-Kartellverbotes verhängt hat, wird abgewiesen<sup>5</sup>).

<sup>4</sup>) [http://www.parlinkom.gv.at/appl/allg/rislink.bgbl?bgbl\\_nr=102&jahr=2009&BGBlTeil=I](http://www.parlinkom.gv.at/appl/allg/rislink.bgbl?bgbl_nr=102&jahr=2009&BGBlTeil=I).

<sup>5</sup>) Acht österreichische Banken hatten monatlich Absprachen über Zinssätze und Gebühren getroffen ("Lombard-Klub").